

Riefaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Druckanschrift
Tageblatt Riesa,
Hermann Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.
Dresden 1590.
Direktor:
Riesa Nr. 52.

Nr. 258.

Donnerstag, 5. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterdrückungsbefehle Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Schicksalsstunden.

Das Reichskabinett vor schweren Entscheidungen.
Am 3. November 1931 haben erneut unmittelbare deutsch-französische Verhandlungen eingesetzt. Ueber die Unterhaltung, die der deutsche Botschafter von Hoesch mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, dem Außenminister Briand und dem Finanzminister Flandin hatte, liegen zwei amtliche Erklärungen vor, eine deutsche und eine französische. Während aus der deutschen Erklärung nicht viel heraus zu holen ist, umso mehr aber in sie hinein gedacht werden kann, ist die französische ausführlicher, wenn sie sagt: „Ministerpräsident Laval hat dem deutschen Botschafter von Hoesch von dem Inhalt seiner Besprechungen mit dem Präsidenten Hoover über die Wiederherstellung der normalen Regelung des Young-Plans nach Ablauf des Moratoriums Kenntnis gegeben.“

Weitere amtliche Verlautbarungen über die Unterhaltung des deutschen Botschafters mit den französischen Staatsmännern sind vorerst nicht zu erwarten, da es eine alte und wohl begründete diplomatische Gepflogenheit ist, daß derartige Verhandlungen bis zum Abschluß eines Ergebnisses geheim gehalten werden. Umso mehr interessiert sich die Öffentlichkeit für das, was hinter den Regierungsvorhängen passiert. Einigmaßen zuverlässige Aufschlüsse erhält man bei allen derartigen Anlässen regelmäßig aus der Regierungspresse der in Frage kommenden Länder. Schon zum letzten Oktober hatte der dem Quai d'Orsay so nahe stehende „Le Temps“ sich in einem Leitartikel über „Deutschland am Wendepunkt“ eingehend verbreitet. Am Tage, an dem Laval den deutschen Botschafter von Hoesch empfing, erschien ein zweiter Leitartikel im „Temps“, der unmittelbar sagte, daß Ministerpräsident Laval damit rechne, daß am Ende des Hoover-Moratoriums der Young-Plan wieder in Kraft tritt. Erklärtermaßen wurde dazu bemerkt, daß Frankreich aus Rudorffs Kommissariat gegen den Präsidenten Hoover und wegen einer damals unmittelbar bevorstehenden Katastrophe in Deutschland, die für Europa und Amerika direkt verheerendste Folge hätte auslösen können, den Hoover-Plan unterzeichnet, aber sich keine Rechte an den Reparationen und der Modalität ihrer Zahlungen vorbehielt. Von einer einfachen oder mehrjährigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums könnte keine Rede sein. Falls das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit wieder brennend würde, könnte es nur im Rahmen des Young-Plans gelöst werden, der allein die Rechte Frankreichs und seine Interessen wahr. Wenn wir Deutsche also glaubten, daß der Young-Plan längst zum alten Eisen geworden ist, so sehen wir aus der französischen Presse und der letzten Regierungserklärung Lavals, daß Frankreich immer noch am Young-Plan und an Versailles wie an einem heiligen Evangelium festhält.

Wirken schon die Nachrichten aus Paris recht ernüchternd, so stimmen die neuesten Enthüllungen der englischen Regierungspresse noch nachdenklicher. Es ist klar, schreiben „The Times“, daß Laval den kühnen Versuch machen wird, das Problem der deutsch-französischen Beziehungen zu lösen. Nach seinem Besuche in Washington weiß er, daß er freie Hand hat. Laval steht im Begriff, den Versuch zu machen, ein dauerndes Abkommen mit Deutschland auf der Grundlage der bestehenden Verträge von Versailles und vom Haag zu erreichen. Er weiß, daß das Deutsche Reich im Juli des nächsten Jahres bestimmt nicht in der Lage sein wird, die suspendierten Reparationszahlungen in ihrer Gesamtheit wieder aufzunehmen. Selbst wenn Deutschland dazu fähig wäre, würde dies die Lage des Geldmarktes nicht mehr in Ordnung bringen. Man glaubt daher, daß der Betrag, um dessen Zahlung Deutschland erlucht werden wird, innerhalb des Rahmens der ungeschützten Jahreszahlungen liegen und daß ein großer Teil in Sachleistungen zahlbar sein wird. Hierfür würde der soeben errichtete deutsch-französische Wirtschaftsausschuß ein geeigneter Vermittler sein. Vorläufig wird allerdings die Frage der Stillhaltecredite brennend, die eigentlich Groß-Britannien und Amerika mehr angeht, als Frankreich. Das hübsche Wortchen „eigentlich“ verdient festgehalten zu werden. Es wird eingetragenermaßen durch die Feststellung des englischen Regierungsblattes beleuchtet, wenn erklärt wird, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit die erste und wesentliche Bedingung jeder gemeinsamen Aktion für den europäischen Wiederaufbau ist. Wir verstehen.

Eine weitere Delikatesse finden wir in den „Financial Times“, zu denen wir in kritischen Zeiten immer besonders gerne greifen, zumal sie über ganz hervorragende diplomatische Beziehungen verfügt. Diesem erstklassigen Weltfinanzblatt ist es nicht zweifelhaft, daß der französische Ministerpräsident Laval lediglich zeitweilige Hilfsmassnahmen ins Auge faßt und daß er darüber hinaus nur helfen würde, wenn die deutsche Reichsregierung in der Lage und gewillt wäre, politische Zugeständnisse zu machen. Abgesehen davon, daß, wie frühere Erfahrungen lehren, der unter solchen politischen Bedingungen gewährte Bestand Frankreichs nur vorübergehend und unzureichend ist, gibt es tatsächlich überhaupt keine Zugeständnisse mehr, die Dr. Brüning unter den gegebenen Verhältnissen noch machen könnte. Nichts rechtfertigt bisher die Annahme, daß die französische Regierung das deutsche Problem in seiner Gesamtheit in einigermaßen großzügiger Weise zu behandeln gedenkt, und doch wäre dies der einzig mögliche Weg. Nur uneingeschränkter Bestand Frankreichs, nicht in der einen oder anderen Einzelheit, sondern im Hinblick auf die Wie-

Das Gespräch Laval-Hoesch.

vbz. Berlin. Das Telegramm des deutschen Botschafters von Hoesch über sein Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval und anderen Ministern ist erst in den frühen Morgenstunden in Berlin eingetroffen. Die Dechiffrierung der Depesche nahm mehrere Stunden in Anspruch, so daß die Beratungen der maßgebenden Reichsinstanzen über das Ergebnis der Pariser Besprechungen erst gegen Mittag beginnen konnten. Ueber die Auffassung der zuständigen Berliner Stellen war deshalb noch nichts zu erfahren. Die Öffentlichkeit ist einstweilen noch auf die Pariser Communiqués angewiesen.

Nach dem ersten sehr kurzen Communiqué, das in Paris nach der Besprechung ausgeben wurde, hat Laval dem deutschen Botschafter gesagt, daß seine Verhandlungen in Washington die Abklärung des gegenwärtigen Hoover-Moratoriums durch den normalen Youngplan zum Gegenstand gehabt hätten. Dieses Communiqué, das ziemlich roh die Rückkehr zum Youngplan zum Ausdruck bringt, ist sicherlich in starkem Maße für den Feindgebrauch in Frankreich bestimmt.

Ganz anders klingt schon die zweite, gleichfalls durch das amtliche französische Hoheamt verbreitete Mitteilung, in welcher es heißt, man habe Grund zu der Annahme, daß bald der beratende Sonderausschuß der VVJ, regelrecht einberufen werde und dann Gelegenheit habe, sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bis zum Jahresende zu äußern. Dieser beratende Sonderausschuß kann aber praktisch zu keinem anderen Ergebnis kommen als die verschiedenen Sachverständigen-Ausschüsse, die sich bisher schon mit diesem Problem beschäftigt haben.

Interessant ist, daß dieses Communiqué das Wort „Zahlungsfähigkeit“ in die Debatte wirft. Der Sonderausschuß hat sich nämlich nach § 119 des Youngplans mit dem Transferschluß und nach § 125 mit der Nichtanpassbarkeit des ungeschützten Teils der deutschen Reparationszahlungen zu beschäftigen, doch sind seine Kompetenzen durch beide Paragraphen sehr eng gezogen. § 120 des Youngplans umschreibt diesen Rahmen etwas weiter, und spricht auch von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Man darf wohl an-

nehmen, daß das Havas-Communiqué an diesen Paragraphen gedacht hat. Hier bietet sich allerdings eine Möglichkeit, das Reparationsproblem weiter zu treiben. Von vornherein muß jedoch betont werden, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit gründlich nur unterucht werden kann, wenn dabei die Gesamtverschuldung Deutschlands, und zwar sowohl die interne, wie die nach außen hin, in Betracht gezogen wird. Die Bestimmung des Youngplans, auf die sich das Communiqué offenbar bezieht, müßte also sehr weit ausgelegt werden.

Weiter heißt es in dem Communiqué, die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen würden auf einer internationalen Konferenz mit der deutschen Regierung eine Regelung zu treffen haben; ihr Bestreben werde dahin gehen, eine solche Regelung noch vor dem 1. Februar 1932 zu erzielen.

Daraus darf man wohl den Schluß ziehen, daß bei der Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit auch die Fragen eine Rolle spielen müssen, die unbedingt noch vor dem 1. März, nämlich vor dem Ablauf des Stillhalteabkommens, bereinigt sein müssen, also die privaten Schulden Deutschlands. Dieses zweite Communiqué bietet also die Aussicht, daß zugleich mit den Reparationsfragen auch die übrigen Verpflichtungen Deutschlands geregelt werden sollen, wie es von deutscher Seite von Anfang an verlangt worden ist.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Weitere Rückfragen in Paris?
In Berlin. Ueber die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts wird freigesagtes Stillhalten bewahrt, weil die zuständigen Stellen vermeiden wollen, daß die außerordentlich schwierigen Verhandlungen, die jetzt beginnen, irgendwie gestört werden können. Sicher ist aber, daß irgendwelche wesentlichen Beschlüsse über die Reparationsfrage noch nicht gefaßt worden sind. Die Annahme, daß zunächst weitere Rückfragen in Paris notwendig seien, hat einen ziemlich hohen Grad von Wahrscheinlichkeit.

Der wirtschaftliche Nichtangriffspakt

Genf, 5. November.
Die gestrigen Verhandlungen über den russischen Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes haben zu einem Ergebnis geführt, mit dem sich die russische Delegation einverstanden erklärte. Auf einen deutschen Vorschlag einigte man sich dahin, daß die Regierungen erlucht werden, dem Völkerbundssekretariat auf schriftlichem Wege ihre Stellungnahme zu dem russischen Plan und den im einzelnen aufgeworfenen Fragen mitzuteilen. Das Sonderkomitee zur Prüfung dieses Planes wird heute seine Beratungen abbrechen und beschließen, vor der Januartagung des Europa-Ausschusses noch einmal zusammenzutreten, um dann dem Europa-Ausschuß eine Lösung vorzuschlagen.

Für und gegen das Volksbegehren.

Ueber die Unterstützung des kommunistischen Volksbegehrens durch die Nationalsozialisten wird im „Freiheitskampf“ u. a. geschrieben: Natürlich werden wir jede sich bietende Gelegenheit benutzen, um eine Neuwahl des Landtages herbeiführen zu lassen. Man sei sich nur darüber klar, daß diese Maßnahme noch lange nicht eine Entscheidung in dem Sinne bringt, wie wir sie erwarten und immer gefordert haben. Nachdem jetzt der Stein ins Rollen gebracht worden ist, kann der Kampf beginnen.

Die Deutschnationalen werden ihre endgültige Stellungnahme auf einer Landesvertreterversammlung am 5. November erklären. Am gleichen Tage wird auch die Wirtschaftspartei zusammentreten.

Die scharf ablehnende Haltung der Sozialdemokraten wird in einem Artikel in der „Dresdner Volkszeitung“ zum Ausdruck gebracht.

Geringe Aussichten für Landtagsauflösung

Nach dem jetzigen Fraktionsbestand im Sächsischen Landtag dürften für eine Selbstauflösung des Landtages, von der verschiedentlich gesprochen wird, folgende Parteien stimmen: Nationalsozialisten (14), Kommunisten (13) und Deutschnationale (4), also 31 Abgeordnete. Gegen die Auflösung würden stimmen: Sozialdemokraten (32), Deutsche Volkspartei (8), Sächsisches Landvolk (5), Volkstreuvereine (1), Christlich-Soziale (2), Staatspartei (3), Volksnationale (2) und Volksrechtspartei (2), zusammen 55 Abgeordnete, zu denen wahrscheinlich im Hinblick auf die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über das Kabinettsbrüning noch zehn Wirtschaftsparteiler kommen, also den 31 Oppositionsstimmen 65 Stimmen gegenüberstehen. Nach diesem Zahlenverhältnis ist kaum mit einer Mehrheit im Landtag für die Auflösung zu rechnen.

Reichsparteiausschuß des Zentrums.

vbz. Berlin. Im Plenarsitzungsraum des Reichstages trat heute Donnerstag der aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte Reichsparteiausschuß des Zentrums zusammen. Der Parteivorstandende Prälat Dr. Haas begrüßte insbesondere den an der Tagung teilnehmenden Reichskanzler Dr. Brüning, sowie die Vertreter Danzigs und des Saargebietes und wies auf den Ernst der politischen Entscheidungen hin, die in diesen Tagen zu treffen seien. Es gelte jetzt, das Auseinanderbrechen des Volkes in zwei gleichstarke den gegenseitigen Vernichtungskampf proklamierende Lager unter allen Umständen zu verhindern. Wenn irgendwann, so ist jetzt Volksammung die Forderung der Stunde und nicht Volkseinzweigung. In der gegenwärtigen Lage hätten koalitionspolitische Erwägungen keinen Platz. Die Stunde gehöre der staatspolitischen Tat und nicht dem unfruchtbaren Parteipolitik und koalitionspolitischem Palaver.

Darauf hielt Herr Ruffini-Röhl sein Referat über die Frage: „Wie sehen Land und Volk die Politik des Kabinetts Brüning?“ Der Redner stellte fest, daß der Kanzler deshalb gesagt und sein zweites Kabinett die Arbeit des ersten fortsetzen könne, weil das Volk aus dem richtigen Gefanzen heraus: Hände weg von der Währung! jede nationalsozialistische Währungsänderung und jede deutschnationale Helfereich-Marx ablehnte. Der Redner dankte dem Reichskanzler für die Erklärung, daß er einer neuen Inflation unter keinen Umständen den Weg ebnen würde.

Die Kabinettsbildung in England

Die Zusammenziehung des neuen Kabinetts wird streng geheim gehalten und wird wahrscheinlich erst während des Wochenendes oder Anfang nächster Woche bekannt werden.
Nachdem Sir Austen Chamberlain mit Rücksicht auf jüngere Kollegen auf alle Amtsansprüche verzichtet hat, fragt man sich, ob Lord Reading oder Lord Crewe, die beide nicht mehr jung sind, seinem Beispiel folgen werden. Ein sehr wichtiges Amt wegen seiner Beziehungen zur Tariffrage ist naturgemäß das Handelsamt, und das Problem, ob der augenblickliche Präsident des Handelsamtes, Sir Phillip Cunliffe-Lister, seinen Posten behalten oder dem Liberalen Runciman Platz machen wird, wird deshalb lebhaft erörtert. In politischen Kreisen wird Neville Chamberlain weiter als „sicherer Kandidat“ für den Posten des Schatzkanzlers angesehen, dessen offizielle Residenz Downing Street aber bald von Baldwin bezogen werden wird. Dieses hängt wohl damit zusammen, daß Baldwin als Führer der Konjunkturpartei in ständiger Fühlung mit seinem Nachbar MacDonald in Downing Street 10 bleiben muß.